Beschränkung dieser Untersuchung wäre dies nicht möglich. Gleichwohl können einige wichtige Indizien zur empirischen Gültigkeit der beiden Ansätze beigesteuert werden: Für die Annahme der „Bundestestwahlen" und einer starken bundespolitischen Durchdringung der Landtagswahlen spricht, dass es für jede der vier Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen zwischen 1990 und 2005 einen starken und signifikanten Einfluss der Bundesebene gibt: Die Bewertung der beiden großen Parteien im Bund erweist sich jedes Mal als eine wichtige Bestimmungsgröße der Wählerentscheidung im Land. Interpretiert man die These in dieser schwächeren Lesart eines bedeutsamen Einflusses der Bundesebene, so sind die hier präsentierten Ergebnisse damit sehr gut vereinbar.

Versteht man demgegenüber die These in der Weise, dass Landtagswahlen in Deutschland und besonders die Wahlen im bevölkerungsstärksten Bundesland durch die Bundespolitik und die darauf gerichteten Erwägungen der Wähler nachgerade dominiert würden, so stehen unsere empirischen Befunde dem klar entgegen: Im Vergleich der Erklärungszuwächse, die auf die Bewertungen der Bundesparteien entfallen, mit den Zuwächsen, die auf die Bewertungen der Landesparteien zurückgehen, zeigt sich für die Landtagswahlen der Jahre 2000 und 2005 eine stärkere Wirkung der Bewertungen der Landesparteien. Den landespolitischen Einflüssen zuzurechnen ist zudem ein robuster Effekt der Kandidatenbewertungen, der bei jeder der vier analysierten Landtagswahlen auftritt.

Alles in allem kann mithin von einer Dominanz der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen durch die Bundespolitik keine Rede sein. Eher schon deutet sich in jüngster Zeit eine Verlagerung in die Richtung einer wichtiger werdenden Landespolitik an.

Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 1990 bis 2002: der besondere Einfluss gleichzeitig stattfindender Bundestagswahlen

Markus Steinbrecher und *Eva Wenzel*

„Die Bundespolitik blieb in beiden Wahlkämpfen weitgehend außen vor."[1] Diesen Eindruck von den jüngsten Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern am 17. September 2006 bestätigte auch Ministerpräsident *Harald Ringstorff* am Wahlabend: „Diesmal gab es keinen Rückenwind aus Berlin."[2] Der mögliche Einfluss der Bundespolitik spielt bei fast jeder Analyse nach einer Landtagswahl eine wichtige Rolle. Wahlen auf Landesebene werden als Möglichkeit betrachtet, die Leistungen der Bundesregierung zu bewerten, und daher zum Beispiel als „Bundesteilwahlen"[3], „Testwahlen"[4] oder „Barometer-

1 http://www.zeit.de/online/2006/38/wahlen-berlin-meckpomm-hochrechnung?page=1, 12. Oktober 2006.
2 http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,437530,00.html, 15. Februar 2007.
3 *Georg Fabritius,* Sind Landtagswahlen Bundesteilwahlen?, in: APuZ, B 21 (1979), S. 23 – 38, S. 31.
4 *Reiner Dinkel*, Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen, in: PVS, 18. Jg. (1977), S. 348 – 359, S. 348; *Georg Fabritius*, Wechselwirkungen zwischen Landtagswahlen und Bundespolitik, Meisenheim 1978, S. 7.

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2007-3-549
Generiert durch IP '52.15.227.30', am 12.10.2024, 07:07:38.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

wahlen"[5] (barometer elections) bezeichnet. Diese Funktionszuweisung ist naheliegend, zum einen wegen der in Deutschland festzustellenden Politikverflechtung[6] zwischen den einzelnen politischen Ebenen, zum anderen aufgrund des „Parteienwettbewerbs im Bundesstaat"[7], das heißt auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems konkurrieren die gleichen Parteien miteinander. Es ist daher unumstritten, dass die Bundespolitik einen gewissen Einfluss auf Landtagswahlen ausübt. Die Stärke des Einflusses variiert allerdings von Wahl zu Wahl und von Land zu Land.

In Bezug auf das Verhältnis zwischen den beiden Wahlebenen nimmt Mecklenburg-Vorpommern eine Sonderposition ein, denn in dem nordöstlichen Bundesland haben Bundestags- und Landtagswahlen schon mehrere Male am selben Tag stattgefunden. Dies war 1994, 1998 sowie 2002 der Fall und dürfte dazu geführt haben, dass landespolitische Fragen von bundespolitischen Aspekten vollständig überlagert wurden[8]. Dies muss bei der folgenden Analyse umso mehr bedacht werden, als die Datenlage es nur erlaubt, eben jene drei Landtagswahlen auf den Einfluss von bundes- und landespolitischen Faktoren hin zu untersuchen.[9]

1. Das Wahlverhalten bei Landtags- und Bundestagswahlen zwischen 1990 und 2006

Aus den Landtagswahlen 1990 und 1994 ging die CDU mit jeweils etwa 38 Prozent der Stimmen als deutlich stärkste Partei vor der SPD hervor (1990: 27,0 Prozent, 1994: 29,5 Prozent). Neben den beiden Volksparteien konnten in den ersten Schweriner Landtag auch die FDP (5,5 Prozent) und die PDS (15,7 Prozent) einziehen. Die Grünen, Bündnis 90 und das Neue Forum erreichten zusammen zwar 9,3 Prozent der Zweitstimmen; allein konnte aber keine dieser Parteien die Fünfprozenthürde überwinden. In der ersten Wahlperiode bildete die CDU eine Koalition mit der FDP. Ursprünglich hatten sie keine Mehrheit und konnten schließlich nur dank eines Überläufers aus der SPD-Fraktion mit einer Stimme Mehrheit regieren. Auf dem Höhepunkt der durch die Wiedervereinigung bedingten Werftenkrise trat der erste CDU-Ministerpräsident *Alfred Gomolka* 1992 zurück, da er das Vertrauen seines Kabinetts, der CDU-Fraktion und des CDU-Landesvorsitzenden *Günther Krause* verloren hatte[10]. *Berndt Seite* folgte *Gomolka* im Amt des Ministerpräsidenten.

5 *Christopher J. Anderson / Daniel S. Ward*, Barometer Elections in Comparative Perspective, in: Electoral Studies, 15. Jg. (1996), S. 447 – 460, S. 448.

6 Vgl. *Fritz W. Scharpf / Bernd Reissert / Fritz Schnabel*, Politikverflechtung – Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik, Kronberg/Ts. 1976; *Ute Wachendorfer-Schmidt*, Politikverflechtung im vereinigten Deutschland, Wiesbaden 2003.

7 *Gerhard Lehmbruch*, Parteienwettbewerb im Bundesstaat. Regelsysteme und Spannungslagen im Institutionensystem der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Wiesbaden 1998.

8 Vgl. *Nikolaus Werz / Jochen Schmidt*, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 22. September 2002: Bestätigung der rot-roten Koalition mit Gewinnern und Verlierern, in: ZParl, 34. Jg. (2003), H. 1, S. 60 – 79, S. 60; *dies.*, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 27. September 1998: Weichenstellung zur rot-roten Koalition, in: ZParl, 30. Jg. (1999), H. 1, S. 97 – 116, S. 97.

9 Datenbasis für die Analysen sind die Vorwahlbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen zu den jeweiligen Landtagswahlen: ZA19665, ZA2508, ZA3168, ZA3864.

10 Vgl. *Hermann Schmitt*, Die Landtagswahlen 1994 im Osten Deutschlands. Früchte des Föderalismus: Personalisierung und Regionalisierung, in: ZParl, 26. Jg. (1995), H. 2, S. 261 – 295, S. 266.

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2007-3-549
Generiert durch IP '52.15.227.30', am 12.10.2024, 07:07:38.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Durch die Wahl im Oktober 1994 verlor er seinen bisherigen Koalitionspartner: Die FDP verfehlte deutlich den Einzug in den Schweriner Landtag. Nach langwierigen Koalitionsverhandlungen – SPD-Parteichef *Harald Ringstorff* hatte auch mit der PDS über das potentiell erste rot-rote Bündnis in einem deutschen Bundesland verhandelt – kam es zur Bildung der Großen Koalition aus CDU und SPD[11]. Da auch die Grünen wieder an der Fünfprozenthürde scheiterten, stand den beiden Regierungsparteien als einzige Opposition die PDS gegenüber. Diese drei blieben bis zur Wahl 2006 die einzigen im Landtag vertretenen Parteien.

1998 kam es zu einem Koalitionswechsel: Begünstigt durch die bundespolitische Stimmung wurde die SPD mit 34,3 Prozent erstmals stärkste Partei im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern[12]. Die PDS erreichte mit 24,4 Prozent ihr bestes Ergebnis bei einer Landtagswahl in diesem Bundesland und trat als Partner der Sozialdemokraten in die erste rot-rote Koalition unter dem neuen Ministerpräsidenten *Harald Ringstorff* ein. Die CDU verlor im Vergleich zur vorangegangenen Wahl mehr als neun Prozentpunkte und sackte auf 29,3 Prozent ab. FDP, Grüne und die DVU als die aussichtsreichsten kleinen Parteien kamen nicht einmal in die Nähe der Fünfprozenthürde.

Auch aus der Landtagswahl vom 22. September 2002 ging die rot-rote Koalition als Sieger hervor. Allerdings verschoben sich die Kräfteverhältnisse zwischen beiden Partnern deutlich: Während die SPD sich auf 40,6 Prozent steigern und so ihr bestes Ergebnis bei einer Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern erzielen konnte, verlor die PDS acht Punkte und erreichte nur noch 16,4 Prozent der Stimmen. Die CDU blieb, leicht verbessert mit 31,4 Prozent, nach dieser Wahl weiterhin die einzige Oppositionspartei, da die FDP mit 4,7 Prozent knapp an der Sperrklausel scheiterte.

Die letzte Landtagswahl im September 2006[13] führte erstmals in der Geschichte des Landes zu einem Parlament, in dem fünf Parteien vertreten sind. Die SPD musste mit 10,4 Prozentpunkten massive Verluste hinnehmen und erreichte nur kaum mehr als 30 Prozent. Die CDU konnte davon allerdings nicht profitieren und sank mit einem Minus von 2,6 Punkten im Vergleich zur Wahl 2002 erstmals seit der Wiedervereinigung unter 30 Prozent. Klare Wahlsieger waren die FDP mit 9,6 Prozent und die erstmals im Schweriner Landtag vertretene NPD mit 7,3 Prozent. Nur die Linkspartei/PDS blieb im Vergleich zu 2002 mit 16,8 Prozent fast unverändert. Zwar hätten die Mehrheitsverhältnisse eine Fortsetzung der Koalition aus SPD und Linkspartei/PDS ermöglicht – beide Parteien zusammen kommen auf 36 von 71 Sitzen – doch Ministerpräsident *Ringstorff* entschied sich für die Große Koalition mit der CDU. Damit ist Mecklenburg-Vorpommern nach Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt das vierte ostdeutsche Bundesland, das von einem Bündnis aus SPD und CDU regiert wird.

11 Vgl. *Nikolaus Werz / Jochen Schmidt*, a.a.O. (1998, Anm. 8), S. 97 f.

12 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Analyse der Wahl vom 27. September 1998, Bericht Nr. 92, Mannheim, S. 39.

13 *Nikolaus Werz / Steffen Schoon*, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 17. September 2006: Ein halber Regierungswechsel und das Ende des Dreiparteiensystems, in: ZParl, 38. Jg. (2007), H. 1, S. 67 ff.

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2007-3-549
Generiert durch IP '52.15.227.30', am 12.10.2024, 07:07:38.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Tabelle 1: Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern, 1990 bis 2006

	LTW 1990	BTW 1990	LTW 1994	BTW 1994	LTW 1998	BTW 1998	LTW 2002	BTW 2002	LTW 2006	BTW 2005
CDU	38,3	41,2	37,7	38,5	30,2	29,3	31,4	30,3	28,8	29,6
SPD	27,0	26,5	29,5	28,8	34,3	35,3	40,6	41,7	30,2	31,7
Linkspartei/PDS	15,7	14,2	22,7	23,6	24,4	23,6	16,4	16,3	16,8	23,7
FDP	5,5	9,1	3,8	3,6	1,6	2,2	4,7	5,4	9,6	6,3
Grüne	4,2	5,9	3,7	3,4	2,7	2,9	2,6	3,5	3,4	4,0
NPD	0,2	-	0,1	-	1,1	1,0	0,8	0,8	7,3	3,5
Sonstige	9,1	3,1	2,5	2,1	5,7	5,7	3,5	2,0	3,9	1,2

LTW = Landtagswahl, BTW = Bundestagswahl.
Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern.

Einen ersten Anhaltspunkt dafür, wie stark das Abschneiden der Parteien bei Bundestags- und Landtagswahlen voneinander abhängt, bietet ein Vergleich ihrer Stimmenanteile auf beiden Wahlebenen (vgl. Tabelle 1). Beim ersten Wahlpaar 1990 zeigen sich deutliche Unterschiede für die CDU, die FDP sowie die sonstigen Parteien. Die beiden damaligen Koalitionspartner auf Bundesebene schnitten bei der Wahl zum Bonner Parlament deutlich besser ab als beim Urnengang zum Schweriner Landtag. Für die Wahlen von 1994 bis 2002 ergeben sich nur geringfügige Abweichungen für die Stimmenanteile aller Parteien bei Bundestags- und Landtagswahlen, die fast ausnahmslos unter einem Prozentpunkt liegen. Die Gleichzeitigkeit der beiden Wahlen sorgt also auf der Aggregatebene für eine massive Angleichung des Stimmverhaltens. Für den Vergleich zwischen der Bundestagswahl 2005 und der Landtagswahl 2006 bietet sich ein deutlich differenzierteres Bild: Während sich die Ergebnisse von CDU, SPD und Grünen bei der Landtagswahl im September 2006 nur geringfügig von denen der vorangegangenen Bundestagswahl unterscheiden, zeigen sich für die anderen Parteien deutliche Verschiebungen; die Linkspartei verliert bei der Wahl zum Schweriner Landtag fast sieben Prozentpunkte, die FDP und die NPD können jeweils mehr als drei Punkte zulegen.

Wesentlich genauere Aussagen über Unterschiede im Wahlverhalten in einem Mehrebenensystem lassen sich mit dem „Index der Unähnlichkeit" (index of dissimilarity) treffen. Dieser vergleicht die Ergebnisse einer nationalen Wahl und der zeitlich nächstliegenden regionalen Wahl auf Ebene der Landkreise[14]. Er gibt den Anteil der Wähler an, der zwischen den Parteien umverteilt werden müsste, um das Ergebnis der Landtagswahl in das Ergebnis der Bundestagswahl zu verwandeln. So müssten gemäß Tabelle 2 beispielsweise im Kreis Ludwigslust 8,8 Prozent der Wähler der Landtagswahl vom 14. Oktober 1990 umverteilt werden, um auf das Ergebnis der Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 zu kommen. Hohe Indexwerte repräsentieren folglich große Unterschiede in den Ergebnissen beider Wahlebenen, während niedrige Indexwerte für nahezu identische Ergebnisse der

14 Vgl. *Richard Johnston*, Federal and Provincial Voting: Contemporary Patterns and Historical Evolution, in: *David J. Elkins / Simeon Richard* (Hrsg.), Small Worlds: Provinces and Parties in Canadian Political Life, Agincourt 1980, S. 131 – 178; *Daniel Hough / Charlie Jeffery*, Landtagswahlen: Bundestestwahlen oder Regionalwahlen?, in: ZParl, 34. Jg. (2003), H. 1, S. 79 – 94; *Amir Abedi / Alan Siaroff*, The Mirror has Broken: Increasing Divergence between National and Land Elections in Austria, in: German Politics, 8. Jg. (1999), S. 207 – 227.

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2007-3-549
Generiert durch IP '52.15.227.30', am 12.10.2024, 07:07:38.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Tabelle 2: Index der Unähnlichkeit auf Landkreisebene in Mecklenburg-Vorpommern, 1990 bis 2006

Kreis	BTW 1990-LTW 1990	BTW 1994-LTW 1994	BTW 1998-LTW 1998	BTW 2002-LTW 2002	BTW 2005-LTW 2006	Mittelwert
Greifswald	9,7	2,4	1,5	3,3	9,7	5,3
Neubrandenburg	5,0	1,6	3,2	4,1	10,6	4,9
Rostock	12,9	2,3	2,9	4,7	11,5	6,9
Schwerin	11,0	1,5	4,1	6,2	12,2	7,0
Stralsund	7,7	2,5	1,1	2,0	6,3	3,9
Wismar	13,1	5,3	1,0	1,6	10,6	6,3
Bad Doberan	8,1	2,1	2,8	4,3	11,2	5,7
Demmin	6,7	0,9	1,7	2,2	11,2	4,5
Güstrow	8,3	1,6	1,4	3,3	12,2	5,4
Ludwigslust	8,8	1,2	2,0	2,2	9,6	4,7
Mecklenburg-Strelitz	5,1	1,7	1,3	2,5	9,3	4,0
Müritz	5,7	1,4	2,0	2,0	13,7	5,0
Nordvorpommern	8,3	1,6	1,3	2,7	9,3	4,6
Nordwestmecklenburg	7,8	1,0	2,3	2,2	9,3	4,5
Ostvorpommern	7,2	2,8	0,9	2,1	11,7	4,9
Parchim	7,2	1,6	2,5	2,5	10,2	4,8
Rügen	9,2	2,1	1,2	2,7	10,8	5,2
Uecker-Randow	5,6	1,5	0,9	1,5	13,6	4,6
Mecklenb.-Vorpommern	8,2	1,7	1,8	2,7	9,8	4,8

Lesehilfe: Im Kreis Ludwigslust müssten 8,8 Prozent der Wähler der Landtagswahl 1990 umverteilt werden, um auf das Ergebnis der Bundestagswahl 1990 zu kommen. Hohe Indexwerte repräsentieren große Unterschiede in den Ergebnissen beider Wahlebenen, niedrige eher kleine Unterschiede.
LTW = Landtagswahl, BTW = Bundestagswahl.
Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern.

Parteien auf beiden Ebenen stehen. Der Index der Unabhängigkeit bietet also einen guten Maßstab für die Beziehung zwischen nationalen und regionalen Wahlen.

Tabelle 2 zeigt deutlich die Bedeutung gleichzeitig stattfindender Bundestagswahlen für das Verhalten bei Landtagswahlen. 1990 fanden beide Wahlen im Abstand von sieben Wochen statt, was sich in mittleren bis starken Unterschieden (zwischen 5,0 und 13,1 Prozent) zwischen beiden Wahlebenen auswirkte. Vor allem in den kreisfreien Städten sind Verschiebungen im Wahlverhalten zwischen den Ebenen zu verzeichnen, die im Wesentlichen durch das überdurchschnittliche Abschneiden der getrennt voneinander antretenden Parteien Die Grünen, Bündnis 90 und Neues Forum bei dieser ersten freien Landtagswahl verursacht wurden. In den Jahren 1994 und 1998 sind die Unterschiede sehr gering. Die Indexwerte in den meisten Kreisen bewegen sich zwischen ein und zwei Prozentpunkten. Eine Ausnahme sind auch für diese beiden Wahlen die kreisfreien Städte, in denen das Wahlverhalten etwas mehr zwischen den Ebenen differiert als in den übrigen Kreisen. 2002 entkoppelten sich Bundestags- und Landtagswahlergebnisse stärker, obwohl beide Wahlen auch in diesem Jahr zeitgleich stattfanden. Diese Wahl dürfte also stärker als die beiden vorangegangenen durch landesspezifische Faktoren beeinflusst worden sein. Beim letzten Wahlpaar wurden Bundestags- und Landtagswahl zum ersten Mal seit 1990 nicht mehr am selben Tag abge-

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2007-3-549
Generiert durch IP '52.15.227.30', am 12.10.2024, 07:07:38.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

halten. Die Folgen zeigen sich klar: Das Stimmverhalten bei der Bundestagswahl 2005 und der Landtagswahl 2006 unterscheidet sich in allen Kreisen deutlich. In einer großen Mehrheit der Kreise übersteigen die Differenzen sogar zehn Prozentpunkte. Eine wesentliche Ursache sind die starken Zugewinne der FDP und der NPD einerseits sowie die hohen Verluste der Linkspartei/PDS andererseits bei der Landtagswahl 2006 im Vergleich zur Bundestagswahl 2005.

Die bisherigen Ergebnisse deuten auf eine starke bundespolitische Durchdringung der mecklenburg-vorpommerschen Landtagswahlen aufgrund der Gleichzeitigkeit der Wahlen zwischen 1994 und 2002 hin. Die Ergebnisse für die letzte Landtagswahl im September 2006 sprechen jedoch für eine wachsende Abkopplung des Verhaltens bei Landtagswahlen von der Bundesebene.

2. *Die Verteilung relevanter bundes- und landespolitischer Faktoren*

Einen ersten Überblick über den bundespolitischen Einfluss auf die Wahl zum Schweriner Landtag erhält man, indem man die subjektiv empfundene Bedeutung der Bundespolitik für die Wahlentscheidung im Land betrachtet. Diese Einschätzung wurde seit 1994 in die Umfragen einbezogen. Während die Befragten in den Wahljahren 1994 und 1998 die Wichtigkeit der Bundespolitik für ihre Entscheidung bei der Landtagswahl anhand einer Skala mit vier Ausprägungen („überhaupt nicht wichtig“ bis „sehr wichtig“) angeben konnten – eine entsprechende Frage für die Landespolitik gab es nicht –, wurde 2002 gefragt, ob die Landes- oder die Bundespolitik für die Wahlentscheidung wichtiger sei.

Tabelle 3: Subjektive Einschätzung der Wichtigkeit der Bundespolitik für die Entscheidung bei Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern, 1994 bis 2002 (Angaben in Prozent)

	1994 Bundespolitik sehr wichtig / wichtig	1998 Bundespolitik sehr wichtig / wichtig	2002 Bundespolitik wichtiger als Landespolitik
CDU	84	93	45
SPD	87	88	37
PDS	81	88	39
FDP	82	79	42
Grüne	93	86	50
Total	84	88	40

Quelle: ZA2508, ZA3168, ZA3864.

Eine sehr deutliche Mehrheit der Wähler aller fünf betrachteten Parteien bezeichnete 1994 und 1998 die Bundespolitik als sehr wichtig oder wichtig für ihre Wahlentscheidung auf Landesebene (vgl. Tabelle 3). 1994 ist die Bundespolitik für SPD- und Grünenwähler noch wichtiger als für die Wähler der anderen Parteien. 1998 schätzten vor allem die CDU-Wähler bundespolitische Themen als sehr relevant für ihre Wahlentscheidung ein. Diese klare Überlagerung der Landtagswahlentscheidung überrascht aufgrund der Gleichzeitigkeit der beiden Wahlen keineswegs. 2002 ergibt sich aufgrund der geänderten Fragestellung ein anderes Bild: Müssen die Befragten sich entscheiden, ob die Landes- oder die Bundespolitik wichtiger für ihre Wahlentscheidung ist, geben mit Ausnahme der Grünen-Wähler weniger als die Hälfte der jeweiligen Anhänger an, die Bundespolitik sei relevanter als die Landespo-

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2007-3-549
Generiert durch IP '52.15.227.30', am 12.10.2024, 07:07:38.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

litik. Neben den Grünen-Wählern zeigt sich vor allem für die Wähler der Union eine größere Bedeutung bundespolitischer Themen bei der Stimmenabgabe. Die Wähler der beiden Regierungsparteien in Mecklenburg-Vorpommern, SPD und PDS, zogen für ihre Wahlentscheidung die Landespolitik stärker in Betracht. Für 2006 kann nur auf eine Umfrage von Infratest dimap im Auftrag des NDR verwiesen werden, in der zwei Wochen vor der Landtagswahl 30 Prozent der Befragten meinten, dass für ihre Entscheidung bei der Landtagswahl die Bundespolitik wichtiger sei, 56 Prozent gaben hingegen an, die Landespolitik sei wichtiger[15]. Diese Ergebnisse deuten auf eine abnehmende Bedeutung der Bundespolitik hin – zumindest in der Wahrnehmung der Wähler. Ob sich dieses subjektive Empfinden auch in der Realität widerspiegelt, werden die weiteren Analysen zeigen.

Wie in den meisten anderen Beiträgen zur Durchdringung der Landtagswahlen von Bundespolitik in diesem Heft der ZParl wird auch hier das sozialpsychologische Modell der Michigan-Schule[16] zugrunde gelegt. Wenngleich sich bundes- und landesspezifische Parteiidentifikation nicht voneinander unterscheiden lassen, bietet die Verteilung der Parteineigungen in Mecklenburg-Vorpommern seit 1994 Informationen über die Motive der Wähler bei ihrer Wahlentscheidung. Bei den Landtagswahlen 1994 und 1998 wiesen immer noch deutlich weniger Personen Parteibindungen auf als in den westlichen Bundesländern[17]. Nur rund 55 Prozent der Befragten gaben in diesen beiden Wahljahren an, dauerhaft einer Partei zuzuneigen. 2002 hingegen stieg der Anteil der Personen mit einer Parteiidentifikation auf 64 Prozent. Während die Verteilung der Bindungen an CDU und SPD 1994 (20 beziehungsweise 19 Prozent) noch auf nahezu gleichem Niveau lag, verschob sich dieses Verhältnis 1998 zugunsten der Union (24 zu 19). 2002 neigten hingegen deutlich mehr Personen der SPD zu als der Union (28 zu 22). Die Bindung an die PDS nahm seit 1994 von zehn auf acht Prozent im Jahr 2002 leicht ab. Der Anteil der Befragten ohne Parteiidentifikation verringerte sich deutlich von 45 auf 36 Prozent.

Wegen der Gleichzeitigkeit der beiden Wahlen sollte die Bundespartei ähnlich bewertet werden wie die Landespartei, da die Bürger ihre Sympathie für die Bundespartei auf die Landespartei übertragen. Die Bewertung der Parteien auf Bundesebene würde demnach (in einem unbekannten Ausmaß) in die Wahlentscheidung für den Landtag einfließen.

Die wichtigsten drei Parteien in Mecklenburg-Vorpommern werden auf Bundes- und auf Landesebene ähnlich eingeschätzt (vgl. Tabelle 4). Die Mittelwerte legen die Vermutung nahe, dass die Wähler bei der Bewertung der Parteien nur in geringer Weise zwischen Bundes- und Landesebene differenzieren. Dafür sind zwei Gründe zu nennen: Erstens ist es möglich, dass die Landesparteien in den ersten vier Jahren nach der Wiedervereinigung noch kein eigenes Profil entwickeln konnten. Somit haben die Wähler bei der zweiten Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern (1994) die Sympathien für die Landespartei möglicherweise noch stark von deren Performanz auf Bundesebene abhängig gemacht. Zweitens kann die Bundespolitik durch die Gleichzeitigkeit der Wahlen auf beiden Ebenen

15 http://www1.ndr.de/ndr_pages_std/0,2570,OID3020950_REF12588_SPC3021016,00.html, 12. Oktober 2006.

16 Vgl. dazu als Überblick den Beitrag von *Oscar W. Gabriel* und *Everhard Holtmann* in diesem Heft der ZParl.

17 Vgl. *Harald Schoen* / *Cornelia Weins*, Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten, in: *Jürgen W. Falter* / *Harald Schoen* (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2005, S. 187 – 242, S. 222 ff.

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2007-3-549
Generiert durch IP '52.15.227.30', am 12.10.2024, 07:07:38.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Tabelle 4: Sympathiebewertungen der Bundes- und Landesparteien in Mecklenburg-Vorpommern, 1994 bis 2002 (Mittelwerte)

	1994	1998	2002
CDU Land	-0,09	0,62	0,15
CDU Bund	0,05	0,61	0,40
SPD Land	0,72	1,43	1,45
SPD Bund	0,73	1,48	1,75
PDS Land	-0,40	0,13	-0,15
PDS Bund	-0,44	-0,13	-0,33
Landesregierung	-0,20	0,51	0,54
Bundesregierung	-0,27	0,01	0,79

Variablen: Sympathieskalometer für die Bundes- und Landesparteien sowie für die Landes- und die Bundesregierung, Wertebereich: -5: halte überhaupt nichts von dieser Partei/Regierung, +5: halte sehr viel von dieser Partei/Regierung.
Quelle: ZA2508, ZA3168, ZA3864.

die Landespolitik größtenteils überlagert haben, so dass die Wähler kaum mehr zu einer unabhängigen Einschätzung der Leistung der Landesparteien in der Lage waren. Auch für die Wahl 1998 zeigt sich eine starke Übereinstimmung zwischen beiden Ebenen für CDU und SPD, während die PDS im Land besser bewertet wurde als im Bund. 2002 deutet sich eine leichte Entkopplung zwischen beiden Wahlebenen an. Während die Bundesparteien bei CDU und SPD besser abschneiden als die Landesparteien, wird die Performanz der PDS wie schon 1998 auf Landesebene positiver eingeschätzt. Der Vergleich von Bundes- und Landesregierung zeigt trotz der wechselnden Parteienkonstellationen und der divergierenden Bewertung beider Organe 1998 und 2002 überraschend hohe Übereinstimmungen, die aber dennoch geringer ausfallen als bei der Bewertung der Parteien.

Tabelle 5: Sympathiebewertungen der Bundeskanzler- und Ministerpräsidentenkandidaten in Mecklenburg-Vorpommern, 1990 bis 2002 (Mittelwerte)

	1990	1994	1998	2002
CDU Land	0,76	0,13	1,10	0,51
CDU Bund	1,09	0,05	0,31	-0,72
SPD Land	1,21	0,66	1,38	1,64
SPD Bund	1,24	0,56	1,34	1,94

Variablen: Sympathieskalometer für Bundeskanzler- und Ministerpräsidentenkandidaten, Wertebereich: -5: halte überhaupt nichts von dieser Person, +5: halte sehr viel von dieser Person.
Quelle: ZA19665, ZA2508, ZA3168, ZA3864.

Die Analyse des bundespolitischen Einflusses muss vor allem bei den kurzfristigen Faktoren, also Kandidaten und Sachfragen, ansetzen. Vor dem Hintergrund der zeitgleichen Wahlen auf Bundes- und Landesebene ist es für Mecklenburg-Vorpommern besonders interessant, ob diese Faktoren bei der Wahl zum Landtag hauptsächlich durch die Landespolitik oder durch die Bundespolitik geprägt waren. Die Kandidatenorientierungen lassen sich am besten über die Sympathiebewertungen der Kandidaten für die Ämter des Bundeskanzlers und des Ministerpräsidenten operationalisieren. Vergleicht man die Mittelwerte der Kanzler- und Ministerpräsidenten-Kandidaten von SPD und CDU (vgl. Tabelle 5) mit den Mittelwerten der Einschätzungen der Landes- und Bundesparteien (vgl. Tabelle 4), so

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2007-3-549
Generiert durch IP '52.15.227.30', am 12.10.2024, 07:07:38.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

variieren letztere etwas weniger als erstere. Den Befragten gelingt es also etwas besser, zwischen den Kandidaten auf beiden Ebenen zu unterscheiden als zwischen den Parteien. Die Bewertung des Bundeskanzlerkandidaten wird besonders im Falle der Union nicht einfach auf den Ministerpräsidentenkandidaten übertragen. Die Skalometer-Mittelwerte für die SPD-Kandidaten sind hingegen für die Wahlen zwischen 1990 und 1998 nahezu identisch, 2002 variieren sie etwas stärker.

Für die Operationalisierung der Komponente Themenorientierung bieten die Studien der Forschungsgruppe Wahlen die Frage nach dem gegenwärtig wichtigsten (und zweitwichtigsten) Problem in Mecklenburg-Vorpommern. Es ist – auch aufgrund der Politikverflechtung zwischen Bund und Ländern und der daraus folgenden Unübersichtlichkeit der Zuständigkeiten in den einzelnen Politikbereichen – davon auszugehen, dass die Befragten selten in der Lage sind, die einzelnen Politikbereiche klar der Bundes- oder der Landesebene zuzuordnen: Bundes- und landespolitische Probleme und Themen werden für die Bürger daher häufig identisch sein. Dies wird dadurch noch verstärkt, dass die Parteien in ihren Grundsatz-, Partei- und Wahlprogrammen meist bundeseinheitlich und nicht landesspezifisch argumentieren[18]. Selbst wenn die Wähler zwischen den Ebenen differenzieren wollten, hätten sie auf der Basis der ihnen von den Parteien und Kandidaten vermittelten Positionen also nur schwer die Möglichkeit dazu.

In Mecklenburg-Vorpommern wurde die Arbeitslosigkeit sowohl 1994 und 1998 als auch 2002 bei weitem als wichtigstes Problem betrachtet. 1994 gaben 86, 1998 sogar 95 und 2002 immer noch 92 Prozent der Bürger sie als eines der beiden wichtigsten Themen im Land an. Angesichts der zu allen drei Zeitpunkten sehr hohen Arbeitslosenquoten überrascht dieser Befund nicht. Dennoch handelt es sich nicht um ein landesspezifisches Problem, und für seine Lösung ist die Bundes- sicherlich wichtiger als die Landesebene. Andere politische Fragen werden bei allen drei Wahlen lediglich von weniger als einem Fünftel als wichtigstes oder zweitwichtigstes Problem benannt. Als einziges Gebiet taucht neben der Arbeitslosigkeit der wirtschaftliche Aufschwung 1994 und 2002 mit acht beziehungsweise 18 Prozent der Nennungen auf einem der ersten drei Plätze auf. Auch dies ist eher ein bundespolitischer Gegenstand. Während bei der Wahl 1994 noch das Thema „Mieten / Wohnungen" für einen Teil der Bürger in Mecklenburg-Vorpommern von Bedeutung war (16 Prozent), folgten 1998 mit „Ruhe und Ordnung / Kriminalität / Innere Sicherheit" auf Rang zwei (15 Prozent) Bereiche, die weitgehend in den Kompetenzbereich des Bundeslandes fallen. Auch Verkehrsprobleme beschäftigten 1998 die Mecklenburger und Vorpommern. 2002 fand sich ebenfalls ein ost- beziehungsweise landesspezifisches Themenfeld in der Rangliste. 13 Prozent der Nennungen fielen auf die starke Abwanderung in den Westen, die aufgrund der hohen Arbeitslosenrate und der weit verbreiteten Perspektivlosigkeit im Land angestiegen war.

Mit der Arbeitslosigkeit und dem wirtschaftlichen Aufschwung dominieren in fast allen Wahlen zwei Themen die Agenda, die nur partiell von der aus der Landtagswahl hervorgehenden Regierung bearbeitet und gelöst werden können. Landesspezifische Probleme werden zwar auch genannt, stehen aber eindeutig im Hintergrund. Die Landtagswahlen 1994, 1998 und 2002 weisen also eine starke Prägung durch bundespolitische Themen auf.

18 Vgl. *Heinz Laufer / Ursula Münch*, Das föderative System der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1997, S. 191.

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2007-3-549
Generiert durch IP '52.15.227.30', am 12.10.2024, 07:07:38.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

3. *Zusammenhang zwischen bundes- und landespolitischen Faktoren und der Wahlabsicht bei Landtagswahlen*

Untersucht man die Zusammenhänge zwischen der Wahlabsicht bei Landtagswahlen einerseits, der Zufriedenheit mit den Leistungen der Landes- und der Bundesregierung sowie den Sympathiebewertungen für die Spitzenkandidaten beider Parteien in Bund und Land andererseits, so ergibt sich folgender Befund[19]: Für die Wahlabsicht insgesamt sind generell stärkere Effekte der bundespolitischen Variablen festzustellen. Angesichts der Gleichzeitigkeit von Bundestags- und Landtagswahlen in den drei Wahljahren ist dies nicht überraschend. Konzentriert man sich auf die Wahlabsicht für einzelne Parteien, zeigen sich die stärksten bivariaten Wirkungen fast immer für die CDU – interessanterweise auch für die Bewertung von *Harald Ringstorff* bei den Landtagswahlen 1998 und 2002. Im Vergleich der bundes- mit den landespolitischen Effekten fallen sowohl bei der Bewertung der Regierung als auch bei der Sympathiebewertung der jeweiligen Kandidaten die bundespolitischen Einflüsse stärker aus. Gleiches, wenn auch auf einem etwas niedrigeren Niveau, lässt sich für die SPD feststellen. Somit macht sich für die Wahlabsicht zugunsten der beiden großen Volksparteien die Gleichzeitigkeit von Bundestags- und Landtagswahlen eindeutig bemerkbar. Für die Linkspartei/PDS zeigt sich hingegen eine stärkere Wirkung landespolitischer Faktoren. Bemerkenswert ist, dass die Sympathiebewertungen für *Gerhard Schröder* (1998 und 2002) sowie für *Harald Ringstorff* (1994 bis 2002) die Wahlabsicht für die PDS überhaupt nicht beeinflussen. Für die FDP und die Grünen ergeben sich keine klaren Muster. Häufig sind die Zusammenhänge für diese beiden Parteien auch nicht signifikant (tabellarisch nicht ausgewiesen). Insgesamt ist ein deutlicher bundespolitischer Einfluss auf das Wahlverhalten bei mecklenburg-vorpommerschen Landtagswahlen zwischen 1994 und 2002 zu konstatieren. Ob dieser anhält, wenn künftig Landtagswahlen wie schon 1990 und 2006 nicht gleichzeitig zu Bundestagswahlen stattfinden, bleibt abzuwarten.

4. *Zusammenfassung*

(1) Für Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern zeigt sich in aller Deutlichkeit die Bedeutung gleichzeitiger Bundestagswahlen. Finden beide Wahlen am selben Tag statt, unterscheiden sich die Ergebnisse nur geringfügig. Sind die Wahltermine getrennt, gibt es – insbesondere 2006 – klare Unterschiede im Wahlverhalten.

(2) Die Gleichzeitigkeit von Bundestags- und Landtagswahlen zwischen 1994 und 2002 führt zu einer starken bundespolitischen Durchdringung der Wahlen zum Schweriner Landtag.

(3) Parteien und Kandidaten werden auf Bundes- und Landesebene aufgrund der zeitgleichen Wahlen ähnlich bewertet. Dies ist bei den Parteien noch stärker der Fall als bei den Kandidaten. Aber auch hier zeigt sich ein starker bundespolitischer Einfluss. Die Wahlkämpfe werden inhaltlich ebenfalls klar von bundespolitischen Themen wie der Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Lage dominiert.

19 Es wurden mit Werten für Cramers V bivariate Zusammenhangsmaße für die Zufriedenheits- und Sympathiebewertungen sowie für die Wahlabsicht bei den Landtagswahlen 1994 bis 2002 ermittelt. Diese sind tabellarisch hier nicht ausgewiesen.

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2007-3-549
Generiert durch IP '52.15.227.30', am 12.10.2024, 07:07:38.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

(4) Insbesondere für die Wahlentscheidung zugunsten der CDU und der SPD sind bundespolitische Einflüsse von größerer Relevanz als landespolitische Faktoren. Die Entscheidung für die Linkspartei/PDS wird hingegen eher von landespolitischen Faktoren bestimmt.

Landtagswahlen in Hessen 1991 bis 2003: bundespolitische Einflüsse vor allem bei unabhängigen Wählern

Tatjana Rudi

Hessisches Landtagswahlverhalten scheint maßgeblich von bundespolitischen Faktoren beeinflusst zu sein. So lautete schon 1954 der Wahlslogan der hessischen CDU: „Deine Wahl im Hessenstaat zählt im Bonner Bundesrat. Regierung *Zinn* stützt *Ollenhauer*, wählt CDU für *Adenauer*."[1] In der zur hessischen Landtagswahl 1982 in der ZParl publizierten Analyse wird festgestellt, dass bundespolitische Einflüsse „die Wahlabsichten der Hessen noch unmittelbar vor dem Wahltermin in bisher nicht beobachtetem Umfang" korrigierten[2], und bei der viel beachteten Landtagswahl 1999 war „der Unmut vieler Wähler über die Ausländerpolitik der neuen Bundesregierung, in dem sich auch die wachsende allgemeine Unzufriedenheit mit den Leistungen der neuen Mannschaft in Bonn aktualisieren konnte"[3], entscheidend für das Wählervotum. Auch 2003 trug die „massive Unzufriedenheit mit der gerade wiedergewählten rot-grünen Bundesregierung"[4] zum Wahlerfolg der CDU in Hessen bei. Folgt man der Literatur, so fungieren hessische Landtagswahlen folglich als „Stimmungstests für … Bundesregierungen"[5]. Inwiefern diese weit verbreitete Position tatsächlich zutrifft, wurde jedoch vergleichsweise selten systematisch getestet.[6] Dies soll im Folgenden mithilfe von Individualdatenanalysen für die hessischen Landtagswahlen von 1991 bis 2003 unternommen werden, die auch nicht-bundespolitische Erklärungsfaktoren berücksichtigen.[7]

1 Zitiert nach *Gerhard Lehmbruch*, Parteienwettbewerb im Bundesstaat, 2. Auflage, Opladen 1998, S. 139, Hervorhebung nicht im Original.
2 *Gerhard Franz / Robert Danziger / Jürgen Wiegand*, Die hessische Landtagswahl vom 26. September 1982: Unberechenbarkeit der Wählerpsyche oder neue Mehrheiten?, in: ZParl, 14. Jg. (1983), H. 1, S. 62.
3 *Rüdiger Schmitt-Beck*, Die hessische Landtagswahl vom 7. Februar 1999: Der Wechsel nach dem Wechsel, in: ZParl, 30. Jg. (2000), H. 1, S. 17.
4 *Rüdiger Schmitt-Beck / Cornelia Weins*, Die hessische Landtagswahl vom 2. Februar 2003: Erstmals Wiederwahl einer CDU-Regierung, in: ZParl, 34. Jg. (2003), H. 4, S. 671.
5 *Rüdiger Schmitt-Beck*, a.a.O. (2000), S. 4.
6 Siehe als Ausnahmen *Rüdiger Schmitt-Beck / Cornelia Weins*, a.a.O.; *Daniela Klos*, Motivtransfer bei Nebenwahlen: Ein Vergleich wahlspezifischer und bundespolitischer Einflussfaktoren auf die Wahlentscheidung bei der hessischen Landtagswahl und der Europawahl in Deutschland 1999, in: *Frank Brettschneider / Jan van Deth / Edeltraud Roller* (Hrsg.), Europäische Integration der öffentlichen Meinung, Opladen 2003, S. 335 – 359.
7 Datengrundlage bilden die im ZA archivierten Umfragedaten: ZA-Nr. 2116, 2582, 3120, 3866.

Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Heft 3/2007, S. 559 – 566
https://doi.org/10.5771/0340-1758-2007-3-549
Generiert durch IP '52.15.227.30', am 12.10.2024, 07:07:38.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.